

Stuttgart 21 forciert den Kostendruck

Landrat Klaus Pavel und Klaus Maier beziehen Stellung

Die Bürgerinitiative „Aalener Schwabenstreich“ gegen Stuttgart 21 vermisst Antworten von Politikern aus der Region auf ihre Fragen. Vor etwa drei Wochen wurden Winfried Mack, Klaus Pavel, Roderich Kiesewetter (alle CDU) und Klaus Maier (SPD) öffentlich aufgefordert, Stellung zu den nachteiligen Folgen für die Region Ostalb im Falle der Realisierung von S21 zu nehmen. Bisher haben Landrat Klaus Pavel und Klaus Maier der Bürgerinitiative geantwortet. Roderich Kiesewetter hat dem „Aalener Schwabenstreich“ mitgeteilt, später zu antworten. Einzig und allein Winfried Mack als betroffener Landespolitiker reagierte bisher noch gar nicht.

Wir stimmen dem Landrat Klaus Pavel ausdrücklich zu, wenn er schreibt „sowohl die Bürgerinitiative „Aalener Schwabenstreich“ als auch der Ostalbkreis verfolgen dieselben Ziele.“ Uns geht es tatsächlich darum, dass die Bahn auch weiterhin für die Menschen attraktiv ist. Wir sind uns auch einig, dass „der Erhalt und die Sicherung von Arbeitsplätzen ein wichtiges Ziel“ sein muss. Die Bürgerinitiative schlägt deshalb vor, die Neuanschaffung von Zügen für unsere Region sowie die Elektrifizierung der Strecke Aalen-Ulm mit 2-gleisigem Ausbau jetzt durchzuführen.

„Der Stellenabbau hat sicherlich nichts mit S21 zu tun“, schreibt uns Klaus Maier. Positiv an dieser Aussage ist, dass der angekündigte Stellenabbau des Personals an den Bahnhöfen und in den Reisezentren von unserem Landespolitiker wahrgenommen wird. Da aber die Deutsche Bahn AG Eigentum des Deutschen Staates ist, und das Geld, das für Stuttgart 21 ausgegeben werden soll, kein zweites Mal mehr ausgegeben werden kann, ist diese Aussage aus unserer Sicht einfach falsch.

Der „Aalener Schwabenstreich“ stellt fest, dass gerade jetzt, nachdem laut Spiegel die frühere CDU-Landesregierung interne Kostenberechnungen verheimlicht hat, Transparenz ein Gebot der Stunde ist. So steht für uns fest, dass der durch Stuttgart 21 entstehende Kostendruck zu weiterem eingeschränkten Service in den Reisezentren führen würde. Der gleiche Kostendruck würde auch dazu führen, dass das Entstehen von Geisterbahnhöfen in ländlichen Regionen forciert wird.